

Hans-Olaf Henkel  
und  
die CDU-Mittelstandsvereinigung  
Sind seine „klaren Worte“ wirklich klar?

Gedanken aufgrund eines Vortrages über die Staatsverschuldung  
am 4. November 2010 in Neustadt a. Rbge.

Von  
Tristan Abromeit  
November 2010

Anhang:

86.2

Stiftungen und Schuldnerberatungen

Schuldnerberatungsstellen – ein Warnzeichen!  
Mit problematischen Stiftungen Probleme lösen?  
Berichte und Stellungnahmen

Corvinus-Stiftung

zur Förderung der Evangelischen Akademie Loccum

Tabelle und Grafik  
zur Zinslast- und Zinsertragsverteilung  
und die Relation der Einkommen zur Verschuldung

von  
Helmut Creutz 2010  
[www.helmut-creutz.de/](http://www.helmut-creutz.de/)

# Die privaten Schuldenberge wachsen, und viele resignieren

## Neustadt/Hannover-Land.

Über Geld spricht man nicht. Geld hat man, und wer keins hat, macht Schulden, um den Schein zu wahren und vor allem nicht Verzicht üben zu müssen in einer Zeit, in der der Konsumgütermarkt boomt.

Kaum jemand, der sein neues Auto nicht geleast hat, der nicht schon mal Raten für jüngst Erworbenes abzahlen mußte oder gar um die Aufnahme eines Kredits herumgekommen ist.

Die Staatsverschuldung wächst, und im Zug der Rezession nimmt die Verschuldung privater Haushalte enorme Ausmaße an: Nach Angaben von Erwin Bogena, einem Schuldnerberater des Diakonischen Werkes in Laatzen, sind derzeit etwa 1,5 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik mit insgesamt 330 Milliarden Mark allein über Verbraucherkredite verschuldet. Vor drei Jahren waren es noch 260 Milliarden Mark. Die jährliche Steigerungsrate liegt bei fünf Prozent.

Viele Menschen resignieren angesichts des Schuldenberges, der nur allzuoft nicht mehr aus eigener Tasche getilgt werden kann. Seit sechs Jahren beschäftigt sich deshalb die Arbeitsgemeinschaft Diakonie im Landkreis unter dem Vorsitz von Neustadts Superintendent Hans-Dietrich Tjarks mit dem Problem zunehmender Überschuldung privater Haushalte.

Bei einem vom Arbeitskreis organisierten Podiumsgespräch in Neustadt diskutierten nun Experten, Kommunalpolitiker und Vertreter von Arbeits- und Sozialamt über die Ursachen der steigenden finanziellen Belastung von Familien und Einzelpersonen. Außerdem über Präventivmaßnahmen, konkret vor allem die Einrichtung einer Schuldnerberatungsstelle in Neustadt.

„Zur Zeit bleibt uns nichts anderes übrig, als wegzuschauen“, beschreibt Neustadts Sozialamtsleiter Jürgen Dörge die beschränkten Möglichkeiten seiner Einrichtung, auf die Probleme

von Schuldnern einzugehen. Die Sozialämter seien ohnehin schon ausgelastet.

In Einzelfällen werde schon mal an die Schuldnerberatung in Garbsen verwiesen. Doch sei es kaum möglich, von dort aus auch den Neustädter Bereich und dessen Problemfälle abzudecken.

Letztlich bleibe den Betroffenen nur die Möglichkeit, sich Rat in der hannoverschen Schuldnerberatung einzuholen – allerdings bei Wartezeiten, die nicht selten über einen Monat hinausgehen.

Vielfach sei die Schuldnerberatung der letzte Anker, wenn die Bank das Konto, der Arbeitgeber die Stelle gekündigt hat, und der Mahnbescheid ins Haus flattert, weiß Erwin Bogena.

Seine Institution bietet nicht nur Rechtsberatung an. Vor allem will sie in Gesprächen das Bewußtsein der Schuldner wecken, nicht über die eigenen Verhältnisse zu leben – die private Finanzmisere selbst in den Griff zu bekommen.

Es dürfe nicht verkannt wer-

den, betont Bogena, daß keine Beratungsstelle die Menschen von ihrer finanziellen Last entbinden könne. Das könne einzig und allein der Gläubiger.

In der Regel sei aber mit einem Entgegenkommen des Gläubigers nicht zu rechnen, wissen zwei ehemals betroffene Frauen im Podium aus Erfahrung. Im Mittelpunkt der Kritik, unnachgiebige Forderer zu sein, standen vor allem die Kreditinstitute.

Zuhörer wie Sprecher auf dem Podium mochten sich da nicht ganz Günter Wehde anschließen. Der Kreditabteilungsleiter der Kreissparkasse Neustadt versuchte, die Bank eher im Licht einer sozialen Einrichtung erscheinen zu lassen, die mit Schuldnern nach „gemeinsamen Lösungen“ suche. Als Zinshai jedenfalls, wie es ein Teil des Publikums sah, wollte Wehde sein Institut nicht bezeichnet wissen.

Der Anregung von SPD-Chef Bodo Messerschmidt – als Zuhörer im Publikum – die Schuldnerberatung denjenigen aufzuer-

legen, die die Kredite vergeben, hielt Wehde entgegen, eine Beteiligung an einer Schuldnerberatung halte er nicht für erforderlich.

Ob nach dem Podiumsgespräch noch ein runder Tisch gebildet wird, um die Einrichtung einer Schuldnerberatungsstelle zu erörtern, wie Moderatorin Karin Abenauen vom NDR abschließend anregte, wird sich zeigen.

Daß die Notwendigkeit einer solchen Institution auch für Neustadt unbestritten ist, darüber waren sich Zuhörer und Gesprächsteilnehmer spätestens nach den Ausführungen des Rechtspflegers Wolfgang Krüger einig.

Krüger nannte Zahlen, die das Ausmaß der privaten Verschuldung in Neustadt vor Augen führen: Eidesstattliche Versicherungen, auch Offenbarungseid genannt, gaben bis Juli dieses Jahres bereits 142 Personen ab. Im vergangenen Jahr registrierte das Amtsgericht insgesamt 258 Offenbarungseide. kh

Leine-Zeitung

78. 9. 1993

Leine-Zeit

# Das Schuldenkarussell dreht sich immer schneller

## Schuldnerberatung in Neustadt gefordert



Podiumsdiskussion zum Thema "Private Überschuldung": Werner Schneckener vom Arbeitsamt, Sozialamtsleiter Jürgen Dörge, Schuldnerberater Erwin Bogena aus Laatzen, Karin Abenhausen vom NDR moderierte die Diskussion, Günter Wehde von der Kreissparkasse und Rechtspfleger Wolfgang Krüger vom Amtsgericht (von links).  
Foto: Porwol

Neustadt (up). Der morgendliche Weg zum Briefkasten wird zur Qual, immer neue Rechnungen, immer neue Gläubiger, die ihr längst überfälliges Geld einfordern. Hilflös werden die Briefe zur Seite gelegt, nicht mehr geöffnet, ein Ausweg scheint unmöglich. Die Lohnpfändung läßt nicht lange auf sich warten, bei der nächsten Entlassungswelle ist der Überdette dabei. "Schuldenkarussell" nennen Schuldnerberater diese Situation, bei der sich die Katze in den Schwanz beißt. Denn: eine neue Arbeitsstelle ist wegen der Schulden nicht zu bekommen, die Wohnung muß bezahlt werden - der Abstieg programmiert.

Die Zahl derer, denen die Geldschulden über den Kopf wachsen, nimmt zu. Das nahmen der Kirchenkreis und die Arbeitsgemeinschaft "Diakonie im Landkreis" - Vorsitzender ist Superintendent Hans-Dietrich Tjarks - zum Anlaß, eine Podiumsdiskussion im Gemeindehaus der Liebfrauen-Kir-

chengemeinde zu organisieren. Unter dem Thema "...und vergebte uns unsere Schulden. Private Überschuldung - ein privates Problem?" diskutierten rund 20 Männer und Frauen. Auf dem Podium standen Rede und Antwort: Werner Schneckener vom Arbeitsamt, Sozialamtsleiter Jürgen Dörge, Schuldnerberater Erwin Bogena, Günter Wehde von der Kreissparkasse und Rechtspfleger Wolfgang Krüger. Zwei von Überschuldung betroffene Frauen nahmen ebenfalls auf dem Podium Platz. Die NDR-Redakteurin Karin Abenhausen moderierte.

Schulden sind ein Tabu-Thema - zwar sind rund 1,5 Millionen Haushalte in der BRD überschuldete - doch das Licht der Öffentlichkeit wird offenbar aus Scham gescheut. Auch bei der Diskussion fehlten die Betroffenen im Publikum. Die beiden Frauen, die auf dem Podium saßen, haben ihre verfahrenen Situation - beide mußten eine eidesstattliche Ver-

Hilfe einer Schuldnerberatung geklärt. Und trotzdem fiel es ihnen sichtlich schwer, ihre Erfahrungen zu schildern. Zögerlich und leise erzählten sie, das Publikum bekam eine Ahnung von der Situation und den Nöten derer, denen die Schulden über den Kopf wachsen.

Bis Juli dieses Jahres gaben 142 Neustädter eine eidesstattliche Versicherung ab - und die Tendenz ist steigend. Gründe dafür sind unter anderem Konjunkturlaute und Arbeitslosigkeit. Und noch immer fehle eine Schuldnerberatungsstelle in Neustadt, bemängelte Sozialamtsleiter Jürgen Dörge, wies aber darauf hin, daß der Landkreis in Garbsen eine entsprechende Stelle halbtags finanziere. Vielleicht sei dies auch in Neustadt möglich. Gespräche mit dem Landkreis über die Einrichtung einer Schuldnerberatung in Neustadt sollen jetzt geführt werden.

Neustädter Zeitung 22.9.93

# Leserbriefe

Leserbriefe, die grundsätzlich ungekürzt veröffentlicht werden, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.



## Schuldnerberatung für Neustadt gefordert

Die Neustädter Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 22. September unter der Schlagzeile - Das Schuldenkarussell dreht sich immer schneller - über das Podiumsgespräch "Private Überschuldung - ein privates Problem?" das von der Arbeitsgemeinschaft Diakonien im Landkreis organisiert wurde.

Erfreulich ist, daß auch in Neustadt am Rübenberge das Thema Schulden aufgegriffen wurde. Wenn sich Christen des Themas annehmen, dann ist dieses nicht nur deshalb berechtigt, weil hier der Acker praktischer Nächstenliebe brach liegt, sondern auch weil Schulden und Zinsen ur-biblische Themen sind. Es wurde erst in der Neuzeit durch die Kirche verdrängt. Schulden und Zinsen (gleich Wucher) wurden nur noch als Leerformel in Predigttexten verwendet. Bei "vergeb uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern" im Vaterunser wurde (beziehungswise wird) nur noch an den Schuldner in Form des Normverletzers gedacht, nicht aber an den Kreditnehmer, der von seinen Geldschulden erdrückt wird.

Das Fragezeichen hinter der Themenstellung signalisiert, daß die Arbeitsgemeinschaft Diakonien bei der privaten Überschuldung nicht nur privates Versagen der Kreditnehmer vermutet. Diese Vermutung ist richtig, wenn auch gar nicht gelegnet werden kann, daß es Menschen gibt, die aufgrund leichtsinnigen Umganges mit Geld in Not geraten. Das Problem berührt aber nicht nur kleinere oder größere Minderheiten von heute, sondern ist eine wesentliche Ursache von Bürger- und Völkerkriegen in der Geschichte seit dem die Menschen eine Geldwirtschaft entwickelt haben. Ein Problem, das 5000 Jahre alt ist oder älter. Heute wird die Dritte Welt von ihren Schulden erdrückt. Wir hören jeden Tag von der wachsenden Verschuldung der westlichen Staaten bis hin in ihre kommunalen Gliederungen. Der mangelhafte oder zögerliche Schuldendienst der ehemaligen Ostblockstaaten untergräbt deren Kreditwürdigkeit. Die hohe Verschuldung eines Großteils unserer Unternehmen läßt deren Zukunft (und die mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze der Arbeitnehmer) unsicher erscheinen. Und ein steigender Teil der privaten Schuldner, die den Kapitaldienst nicht

mehr leisten können, sinkt auf den Status eines Sklaven herab, für den die Grundrechte mehr oder weniger Makulatur sind.

Übersehen darf dabei aber nicht werden, daß das eigentliche Problem nicht die Schulden sind - sie wachsen in einer alternden Volkswirtschaft spiegelbildlich mit dem Geldvermögen (Forderungen) -, sondern die Zinsen. Zinsen sind nicht nur ein Konjunkturblocker und als leistungsloses Einkommen ein Verhinderer einer Leistungsgesellschaft, sondern sie bewirken eine ständige Umverteilung von Arm nach Reich, von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf (Dieter Suhr). Die unter den gegebenen Bedingungen unvermeidbaren Konzentrationsprozesse hebeln in der Konsequenz nicht nur das Modell Demokratie aus, sondern sie führen naturgemäß in die nächste sozialökonomische Katastrophe.

Wenn Menschen aber in ihrer Existenz bedroht sind und diese Bedrohung nicht durchschauen, dann neigen sie zu irrationalem politischem Verhalten und sie suchen Sündenböcke. Die Weimarer Republik ist im wesentlichen deshalb zu Grunde gegangen, weil die demokratischen Parteien aufgrund unterschiedlichen ideologischen Verblendungen die drängenden sozialökonomischen Probleme nicht lösen konnten oder wollten. Die Nationalsozialisten erhielten unter anderem auch deshalb Zulauf, weil sie mit dem lügenhaft verwendeten Kampfruf von der "Berechnung der Zinsknechtschaft" die politische Meinung der Massen manipulierte. (Vergessen wird immer, daß sich keine politische Macht etablieren oder halten kann, die nicht wenigstens verspricht, sich um die wirklich drängenden Probleme der Menschen zu kümmern). Die Wirkung der mißbräuchlichen Besetzung des Zinsthemas durch die Nationalsozialisten zur Erlangung der Macht ist, daß das dahinter stehende Problem nach über vierzig Jahren immer noch politisch tabuisiert ist.

Eine Schuldnerberatungsstelle kann im Einzelfall sicher sinnvolle Hilfe leisten. Gegenüber dem Gesamtproblem sind auch alle Schuldnerberatungsstellen zusammengefaßt genauso hilflos wie die kommunalen Wirtschaftsförderer gegenüber den konjunkturellen Problemen. Nicht einmal die Vermittlung eines bezahlten

Arbeitsplatzes an alle Arbeitslosen würde das Problem lösen, sondern auch hier nur in einzelnen Fällen die Not lindern. Da die Zinsen - die ja nicht nur für aufgenommene Kredite gezahlt werden müssen - Bestandteil aller Preise sind, ist der Kreis der Gebeutelten so riesig groß, daß mit den Worten von Henry Ford zu sprechen, sofort eine Revolution ausbräche, wenn die Leute über die Wirkung des Geldes Bescheid wüßten. Wer sich zu den Gewinnern des Zinssystems zählt, der muß mehr als ein Drittel seines Jahresarbeits-einkommens als Zinseinnahmen haben. Nur zwei von zehn Haushaltsgruppen haben höhere Zinseinnahmen als sie an Zinsen zahlen.

Ein Podiumsgespräch kann nur Probleme ins öffentliche Bewußtsein heben. Die eigentliche Aufarbeitung des Themas muß im stillen Kämmerlein oder in der Gruppenarbeit erfolgen. Dazu drei Hinweise:

a) Über Berlin erhielt ich die Information das die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, Waterloostraße 3, 30169 Hannover (1. Sprecher: Pastor Martin Cordes) eine Tagung über "Zinsarmes Geld" abgehalten hat und jetzt Kontakt zu Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen sucht, "die sich für eine gerechtere Wirtschaftsordnung - insbesondere zinsarmes Geld und Wirtschaften - eintreten".

b) Die CGW, das ist der eingetragene Verein Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, Geschäftsstelle: Gartenstraße 28, D-76770 Hatzenbühl bearbeitet das Thema Verschuldung ebenfalls. Der Vorsitzende Professor Dr. Roland Geitmann ist in der Vergangenheit bereits als Referent in Neustadt aufgetreten.

c) Literatur: Geld ohne Zinsen und Inflation, von Margrit Kennedy, Goldmann Verlag (Frau Kennedy lebt in Steyerberg und hat eine Professur in Hannover); Das Geldsyndrom - Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, von Helmut Creutz, Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig.

Eine erweiterte Fassung des Schreibens wird der Arbeitsgemeinschaft Diakonien im Landkreis, Hans-Dietrich Tjarks zur Verfügung gestellt.

Tristan Abromeit

# Schuldnerberatung für Neustadt gefordert

## Anmerkungen

vom 24. September 1993

von

Tristan Abromeit

Die *Leine-Zeitung* berichtete in ihrer Ausgabe vom 18. September 1993 unter der Schlagzeile *Die privaten Schuldenberge wachsen, und viele resignieren* über das Podiumsgespräch "Private Überschuldung - ein privates Problem?", das von der Arbeitsgemeinschaft Diakonie im Landkreis organisiert wurde. Die *Neustädter Zeitung* berichtete von der gleichen Veranstaltung in ihrer Ausgabe vom 22. 9. 1993 unter dem Titel: Das Schuldenkarussell dreht sich immer schneller.

Erfreulich ist, daß auch in Neustadt am Rübenberge das Thema Schulden aufgegriffen wurde. Wenn sich Christen des Themas annehmen, dann ist dieses nicht nur deshalb berechtigt, weil hier der Acker praktischer Nächstenliebe brach liegt, sondern auch weil Schulden und Zinsen ur-biblische Themen sind. Es wurde erst in der Neuzeit durch die Kirche verdrängt. Schulden und Zinsen (= Wucher) wurden nur noch als Leerformel in Predigttexten verwendet. Bei "vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unseren Schuldigern" im Vaterunser wurde (bzw. wird) nur noch an den Schuldner in Form des Normverletzers gedacht, nicht aber an den Kreditnehmer, der von seinen Geldschulden erdrückt wird.

Das Fragezeichen hinter der Themenstellung signalisiert, daß die Arbeitsgemeinschaft Diakonie bei der privaten Überschuldung nicht nur privates Versagen der Kreditnehmer vermutet. Diese Vermutung ist richtig, wenn auch gar nicht geleugnet werden kann, daß es Menschen gibt, die aufgrund leichtsinnigen Umganges mit Geld in Not geraten. Das Problem berührt aber nicht nur kleinere oder größere Minderheiten von heute, sondern ist eine wesentliche Ursache von Bürger- und Völkerkriegen in der Geschichte, seitdem die Menschen eine Geldwirtschaft entwickelt haben. Ein Problem, das 5000 Jahre alt ist oder älter. Heute wird die Dritte Welt von ihren Schulden erdrückt. Wir hören jeden Tag von der wachsenden Verschuldung der westlichen Staaten bis hin in ihre kommunalen Gliederungen. Der mangelhafte oder zögerliche Schuldendienst der ehemaligen Ostblockstaaten untergräbt deren Kreditwürdigkeit.

Die hohe Verschuldung eines Großteils unserer Unternehmen läßt deren Zukunft (und die mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze der Arbeitnehmer) unsicher erscheinen. Und ein steigender Teil der privaten Schuldner, die den Kapitaldienst nicht mehr leisten können, sinkt auf den Status eines Sklaven herab, für den die Grundrechte mehr oder weniger Makulatur sind.

Nicht übersehen darf dabei aber werden, daß das eigentliche Problem nicht die Schulden sind - sie wachsen in einer alternden Volkswirtschaft spiegelbildlich mit dem Geldvermögen (Forderungen) -, sondern die Zinsen. Zinsen sind nicht nur ein Konjunkturblocker und als leistungsloses Einkommen ein Verhinderer einer Leistungsgesellschaft, sondern sie bewirken eine ständige Umverteilung von Arm nach Reich, von Kassen mit Bedarf in Kassen ohne Bedarf (Dieter Suhr). Die unter den gegebenen Bedingungen unvermeidbaren Konzentrationsprozesse hebeln in der Konsequenz nicht nur das Modell Demokratie aus, sondern sie führen naturnotwendig in die nächste sozialökonomische Katastrophe.

Wenn Menschen aber in ihrer Existenz bedroht sind und diese Bedrohung nicht durchschauen, dann neigen sie zu irrationalen politischen Verhalten und sie suchen Sündenböcke. Die Weimarer Republik ist im wesentlichen deshalb zu Grunde gegangen, weil die demokratischen Parteien aufgrund unterschiedlicher ideologischer Verblendungen die drängenden sozialökonomischen Probleme nicht lösen konnten oder wollten. Die Nationalsozialisten erhielten u.a. auch deshalb Zulauf, weil sie mit dem lügenhaft verwendeten Kampfruf von der "Brechung der Zinsknechtschaft" die politische Meinung der Massen manipulierte. (Vergessen wird immer, daß sich keine politische Macht etablieren oder halten kann, die nicht wenigstens verspricht, sich um die wirklich drängenden Probleme der Menschen zu kümmern.) Die Wirkung der mißbräuchlichen Besetzung des Zinthemas durch die Nationalsozialisten zur Erlangung der Macht ist, daß das dahinter stehende Problem nach über vierzig Jahren immer noch politisch tabuisiert ist.

Die Juden zu Sündenböcken zu machen, war nicht schwer, weil eben diese aufgrund von alten Berufsverboten, die ihnen ein ehrbares Handwerk aufzunehmen vielfach untersagten und aufgrund des Zinsnahmeverbotes der Christen geradezu aus Lebenserhaltungsgründen in das Geldgeschäft hineingedrängt wurden. Auch wenn es letztlich nur wenige Juden waren, die mit Perfektion ganz legal ein mangelhaftes Geldsystem nutzten, war es Grund genug für die leidenden Massen aufgrund von Nichtverstehen einer fehlerhaften Geldverfassung eine Kollektivschuld der Juden zu machen und sie für eine vermeintliche Schuld büßen zu lassen. Und

wenn der Wille zur Aufklärung sich nicht verstärkt, dann ist zu befürchten - wie die Brandsätze unserer Tage zeigen -, daß sich die Geschichte doch wiederholt. Die Lichterketten waren als Zeichen des Herzens gut, sie können aber nicht die Erkenntnisarbeit des Kopfes ersetzen.<sup>1</sup>

Vorgestern wurden die Juden zu den Schuldigen dafür erklärt, daß die Schuldner nicht mehr atmen konnten. Gestern erklärte die politische Linke die Multis als die Schuldigen allen Übels, ohne zu erkennen, daß die Multis die Folge und nicht Ursache des Kapitalismus sind (Die Marktwirtschaft kommt ohne sie aus.). Heute geraten zunehmend die Banken in den Verdacht, die Bösen zu sein. Das ist Unsinn - auch wenn es Bankenmacht zu kritisieren gibt. Banken sind Institutionen, die mit Liquidität handeln, sie leben von der Zinsmarge, der Zinsdifferenz zwischen Soll- und Habenzinsen und den Gebühren. Wenn die Zinsdifferenz und die Gebühren zu hoch sind, ist das ein Anzeichen von mangelndem Wettbewerb, nicht aber eine Ursache der Verschuldungsproblematik. Volkswirtschaftlich helfen die Banken dabei, daß das Einkommen wieder zur Nachfrage werden kann und daß eine Vielzahl von kleinen Sparbeiträgen zu größeren Krediten gebündelt werden können. Und wenn die Banken ihre Kunden, die einen Kreditantrag stellen, noch mehr auf die Kreditwürdigkeit (die Fähigkeit Zinsen und Tilgung aufzubringen) prüfen würden, dann wären sie ständig dem Verdacht ausgesetzt, das Grundrecht der Würde des Menschen zu verletzen. Dies besagt aber nicht, daß das Bankgewerbe nicht zu kritisieren wäre. Die Werbung der Banken ist einfach lügenhaft. Das Geld kann man nicht arbeiten lassen, arbeiten kann nur der Mensch.

Erträge in Form von Zinsen und Dividenden sind Erträge, die anderen Menschen von ihren Arbeitserträgen abgezockt werden. Kredite, die dem Kreditnehmer heute einen höheren Konsum ermöglichen, als es seinem Einkommen entspricht, drücken seine Konsummöglichkeit aufgrund der Zins- und Tilgungsleistung morgen unter seinem Einkommen. Dieses ihren Kunden zu vermitteln, stünde wenigstens den öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Kreditinstituten gut an. Und den Bankkaufleuten selber sollte - sofern sie noch einem christlichen Glaubensbekenntnis anhängen - das Abendmahl verweigert werden, so lange sie so ahnungslos über die Konstruktionsfehler des wichtigsten Transportmittels der Volkswirtschaft, das Geld, sind. Sie wissen in der Regel nicht, daß das Geld - so wie es ist - Dynamit ist, daß die Gesellschaft jeden Tag in die Luft sprengen kann.

---

<sup>1</sup> Anmerkung im Zeitpunkt der Neuformatierung des Textes: Am 23. Nov. 2010 wurde im ZDF im vierten Teil der Serie DIE DEUTSCHEN, die Zeit des Karls IV. etwa 1350 gezeigt, wie die Juden in Bedrängnis kamen und wegen ihrer Rolle als Gläubiger ermordet wurden, damit die Schuldner ihre Schuld los wurden.

Eine Schuldnerberatungstelle kann im Einzelfall sicher eine sinnvolle Hilfe leisten. Gegenüber dem Gesamtproblem sind auch alle Schuldnerberatungsstellen zusammengefaßt genauso hilflos wie die kommunalen Wirtschaftsförderer gegenüber den konjunkturellen Problemen. Nicht einmal die Vermittlung eines bezahlten Arbeitsplatzes an alle Arbeitslosen würde das Problem lösen, sondern auch hier nur in einzelnen Fällen die Not lindern. Da die Zinsen - die ja nicht nur für aufgenommene Kredite gezahlt werden müssen - Bestandteil aller Preise sind, ist der Kreis der Gebeutelten so riesig groß, daß mit den Worten von Henry Ford zu sprechen, sofort eine Revolution ausbräche, wenn die Leute über die Wirkung des Geldes Bescheid wüßten. Wer sich zu den Gewinnern des Zinssystems zählt, der muß mehr als ein Drittel seines Jahresarbeitseinkommens als Zinseinnahmen haben. Nur zwei von 10 Haushaltsgruppen haben höhere Zinseinnahmen als sie an Zinsen zahlen.

Ein Podiumsgespräch kann nur Probleme ins öffentliche Bewußtsein heben. Die eigentliche Aufarbeitung des Themas muß im stillen Kämmerlein oder in der Gruppenarbeit erfolgen. Dazu drei Hinweise:

a) Über Berlin erhielt ich die Information, daß die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft in der ev.-luth. Landeskirche Hannovers, Waterloostraße 3, 30169 Hannover (l. Sprecher: Pastor Martin Cordes) eine Tagung über "Zinsarmes Geld" abgehalten hat und jetzt Kontakt zu Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen sucht, "die sich für eine gerechtere Wirtschaftsordnung - insbesondere zinsarmes Geld und Wirtschaften – eintreten".

b) Die CGW, das ist der eingetragene Verein Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, Geschäftsstelle: ~~Gartenstr. 28, D-76770 Hatzenbühl~~ bearbeitet das Thema Verschuldung ebenfalls. Der Vorsitzende Prof. Dr. Roland Geitmann ist in der Vergangenheit bereits als Referent in Neustadt aufgetreten. (Aktuelle Informationen [www.cgw.de](http://www.cgw.de) 11/2010 TA)

c) Literatur:

Geld ohne Zinsen und Inflation, von Margrit Kennedy, Goldmann Verlag (Frau Kennedy lebt in Steyerberg und hat eine Professur in Hannover);

(aktuell 2010: <http://www.monnetta.org/> und <http://www.margritkennedy.de/> )

Das Geldsyndrom - Wege zu einer Krisenfreien Marktwirtschaft, von Helmut Creutz, Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig. (H. Creutz lebt in Aachen und war bereits Gast in Neu-

stadt. Vor rund 10 Jahren war seine Einstellung zum Geld wie die des Durchschnittsbürgers: Man hat's oder man hat's nicht. Man zahlt Zinsen oder bekommt Zinsen. Das waren auch seine Erfahrungen als Unternehmer. Dann stieß er durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf Thesen zum Geld, die er für falsch oder fragwürdig hielt. Er begann zu prüfen und zu forschen und stellte fest, daß er in Währungsfragen vorher blind gewesen war. In zahlreichen Schriften und Vorträge in der ganzen Bundesrepublik stellte er einem wechselnden Publikum seine neuen Erkenntnisse vor. Sein oben angeführtes Buch hat einen Umfang von 447 Seiten.)

(Aktuell 2010: [www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de) und Name als Stichwort in eine Suchmaschine eingeben. Die neuere Literatur zum Thema ist inzwischen fast unübersichtlich. Links zu Gruppen und Themen sind zu finden unter [www.geldreform.de](http://www.geldreform.de) und [www.nwo.de](http://www.nwo.de) TA)

Schuldnerberatung offiziell eröffnet

## Landrat verweist auf die Mitverantwortung der Banken

Neustadt (ar). „Das Unmögliche ist möglich geworden durch einen Kraftakt, während das Geld überall immer knapper wird“. Mit diesen Worten würdigte Superintendent Hans-Dietrich Tjarks, Vorsitzender des Kirchenkreisvorstandes Neustadt, am 1. November die Eröffnung der Schuldnerberatung im Hause der Diakonie, An der Liebfrauenkirche 8. Lange Zeit seien die Städte Neustadt und Wunstorf im Landkreis Hannover auf dem Gebiet der Schuldnerberatung „weiße Flecke“ gewesen, stellte Tjarks rückblickend fest. Acht Jahre zäher Verhandlungen mit Land, Kreis und den beiden Städten hätte es bedurft, um die notwendige Einrichtung finanziell, organisatorisch und personell zu sichern. Der Superintendent bekundet die Hoffnung auf kooperative Zusammenarbeit der Beteiligten auch in Zukunft: Alle säßen in ihrer Verantwortung für viele unverschuldet verschuldete Mitbürger „in einem Boot“.

Landrat Wicke verwies auf die vorrangige Zuständigkeit des Landes. Aus dieser Zuständigkeit dürfe sich das Land nicht zurückziehen und die Kommunen zu „Reparaturbetrieben des Staates“ machen, warnte Wicke. Zugleich wies der Landrat in eine andere Richtung von Zuständigkeit



Peter Schilling, Abteilungsleiter im städtischen Sozialamt, war lange Zeit eine Hauptanlaufstelle als Ratgeber verschuldeter Bürger. Mit Erika Pritchard (links) und Irmitraut Deuter, Mitarbeiterinnen der Schuldnerberatung, soll ihn eine gute Partnerschaft bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben verbinden. Foto: Bednarski

und Verantwortung: Überall gebe es ein Verursacherprinzip, wenn sich Probleme stellten, rief er ins Bewußtsein. Wenn Bürger in Verschuldung und Überschuldung gerieten,

mit Krediten nicht mehr fertig würden, seien das diejenigen, die einmal die Kredite angeboten und verliehen haben. Wicke hatte dabei die Banken im Blick, die auf ihre Vorteile be-

dacht gewesen seien und nach einer Gebührenordnung zur Kasse gebeten werden sollten, wenn Not zu lindern sei.

Die Verantwortung der Banken nannte auch Ulrich Wesenick vom Landesverband Niedersachsen des Diakonischen Werkes beim Namen. Durch aggressive Werbung würden vor allem jungen Menschen verleitet, ihre finanziellen Möglichkeiten zu überschätzen und Kredite aufzunehmen, die nicht zu tilgen seien. Auf Landesebene müsse zur Gläubigerentlastung ein Fonds gebildet werden unter Einbeziehung aller Banken und Sparkassen. Kommunalpolitiker, die Aufsichtsräten von Kreditinstituten angehörten, forderte Wesenick auf, in diesen Gremien auf die Bedeutung der Schuldnerberatung und der Schuldnerhilfe aufmerksam zu machen.

Die Soziale Schuldnerberatung durch Diplom-Sozialpädagogin Erika Pritchard erfolgt im Haus An der Liebfrauenkirche 8 an jedem Freitag von 9 bis 11 Uhr, außerhalb dieser Zeiten über die Telefonnummer 05032/62055. Noch vor der offiziellen Eröffnung der Schuldnerberatung lagen 15 Gesprächsanmeldungen vor.

## Bürgermeisterin mußte schweigen

Es war eine bedeutsame Veranstaltung, zu der die beiden evangelisch-lutherischen Kirchenkreise Neustadt und Wunstorf für den 1. November in das Haus des Diakonischen Werkes (Storchenhaus), An der Liebfrauenkirche 8, eingeladen hatten, um die Schuldner-Beratungsstelle der beiden Kirchenkreise offiziell zu eröffnen.

Entsprechend groß war die Zahl der Persönlichkeiten, die sich dort einstellten, etwa 50 an der Zahl: Kommunalpolitiker, Theologen und nichttheologische Mitglieder der Kirchenvorstände, vor allem aber Männer und Frauen, die außerhalb der kirchlichen Strukturen in sozialer Verantwortung gegenüber zu betreuenden Menschen stehen.

Nach einleitenden Worten der Superintendenten Hans-Dietrich Tjarks (Neustadt) und Claus-Dieter Henkelmann (Wunstorf) sprachen zwei Mandatsträger: Landrat Eberhard Wicke für den Landkreis Hannover und den Kreistag, der stellvertretender Bürgermeister Georg Beier für die Stadt Wunstorf und

den Rat der Stadt Wunstorf.

Mußte man annehmen, daß für die Stadt Neustadt und den Rat der Stadt Neustadt die stellvertretende Bürgermeisterin Karin Kirchmann, zugleich Vorsitzende des Sozialausschusses, um ein Grußwort gebeten würde, gab es eine Überraschung: Aufgrund der Benennung durch Stadtdirektor Dieter Häselser wurde für die Stadt der Abteilungsleiter im Sozialamt, Peter Schilling, aufgerufen.

Diese Differenzierung löste bei nicht wenigen der Teilnehmer Überraschung aus, und einige erblickten darin eine Desavouierung der stellvertretenden Bürgermeisterin zum Nachteil der Stadt, in der das Ereignis stattfand. Nun braucht man nicht gleich an parteipolitische Hintergründe zu denken - an Abwägung und Abklärung bei den Spitzen im Rathaus aber hat es in jedem Falle gefehlt, und der Vorgang war politisch zu gewichtig, um übersehen werden zu können.

ar

Sportcenter  
Neustadt

ab 5,- DM

# Neustädter Zeitung

Seit über 20 Jahren  
Woche für Woche



Nr. 1158 / 3. Woche / 23. Jahrgang

17. 1. 1996

Die aktuelle Wochenzeitung

## Stiftung soll Schloß übernehmen

Neustadt (dgs). Nach Information aus dem Kreishaus laufen beim Landkreis und der Kreissparkasse Hannover derzeit Überlegungen, eine gemeinnützige Kulturstiftung zu gründen, in die dann auch das Neustädter Schloß Landestrost eingebracht werden soll. Nach Aussage von Landrat Eberhard Wicke laufen die Verhandlungen schon seit etwa zwei Jahren mit der Kreissparkasse, die im Gegenzug eine Summe von 20 Millionen in die Stiftung einbringen will. Für den Landkreis ergebe sich damit die Möglichkeit, die Kulturarbeit im Schloß, aber auch im ganzen Landkreis finanziell abzusichern, was ohne Frage zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte führen würde, so Wicke. Die Stiftung will sich für die Erhaltung kulturhistorischer Denkmäler - wie zum Beispiel Schloß Landestrost - und die Förderung der Kultur wie auch der wissenschaftlichen Forschungsarbeit einsetzen, war vom Landkreis zu erfahren.



# Das Schloß, die Stiftung und die Schuldnerberatung

Nach einem Bericht in der Neustädter Zeitung vom 17. Januar verhandelt der Landrat Eberhard Wicke schon zwei Jahre lang mit der Kreissparkasse Hannover über eine Kulturstiftung in der der Landkreis das Neustädter Schloß und die Kreissparkasse 20 Millionen Mark einbringen will. Der Hintergrund: Der Landkreis sucht wie fast alle Kommunen, Landkreise, Städte und Länder krampfhaft nach einer Minderung der Schulden und damit der Zinslast. Für die Kreissparkasse ist die Stiftungsidee nur eine von mehreren Maßnahmen, um die Diskussion um die Privatisierung (Verkauf) der Sparkasse(n) und der Landesbanken den Boden zu entziehen. Die Diskussion über den Verkauf der Sparkassen ist nicht aus einer überfälligen ordnungspolitischen Klärung unserer Ökonomie heraus entstanden, sondern nur durch das Diktat der leeren öffentlichen Kassen. Zu einer grundsätzlichen Erörterung der Situation ist die politische Klasse der BRD nicht willens und fähig, genauso wenig wie die Demokraten in der Weimarer Republik, die die Deutschen in die Arme der Nationalsozialisten getrieben haben. Die politische Flickschusterei muß ein Ende haben, sonst geraten wir am Ausgang dieses Jahrhunderts in die nächste gesellschaftliche Katastrophe.

Über die Stichworte Schloß Landestrost und Wölper Pfennig (ein Brakteat) gelangen wir in die Zeit des Mittelalters, der Zeit der Gotik, in der Kultur und Kunst nicht aus erpreßten Steuergeldern finanziert wurde, sondern aus Spenden, die aufgrund eines ständigen und hohen Arbeitseinkommens möglich waren. Der Brakteat, ein Dünnpfennig, der in unregelmäßigen Abständen aufgerufen wurde, hat damals eine Wirtschaft ohne Zins bei Vollbeschäftigung und geringer Arbeitszeit möglich gemacht.

Nachzulesen z.B. in: „Die Verwirkli-

chung des Menschen im sozialen Organismus“, von Lothar Vogel; „Das Geld in der Geschichte“, von Karl Walker und „Das Hochmittelalter - ein Geschenk des Geldwesens“, von Hans Weitkamp.

Laßt und doch im Schloß zusammenkommen und prüfen, ob hier ökonomische Wegweiser für unsere Gegenwart zu finden sind.

Privatrechtliche Stiftungen zur Förderung von Kunst, Wissenschaft und Kultur sind grundsätzlich zu begrüßen, wenn sie aus Leistungüberschüssen der Bürger gespeist werden. Sobald aber die Stiftungsaufgaben aus Zinserträgen finanziert werden, wird es problematisch. Die Installierung von Stiftungen zur Verschleierung der Unfähigkeit der Politik, ökonomische Probleme zu lösen und zur Verteidigung von Funktionsinteressen, ist schlichtweg verwerflich.

Maß muß verschiedene Nachrichten nur in einen Zusammenhang stellen, um den Unsinn heutiger Tagespolitik zu entlarven. Am 17. Januar d.J. wird berichtet das der Landrat auf eine Stiftung hinwirkt, die aus Erträgen der Kreissparkasse finanziert werden soll. In der Neustädter Zeitung vom 8. November 1995 war aus Anlaß der Eröffnung der Schuldnerberatungsstelle, die nach acht Jahren dauernden Verhandlungen eröffnet wurde, zu lesen: „Zugleich wies der Landrat in eine andere Richtung von Zuständigkeit und Verantwortung: Überall gebe es ein Verursacherprinzip, wenn sich Probleme stellten, rief er ins Bewußtsein. Wenn Bürger in Verschuldung und Überschuldung gerieten, mit Krediten nicht mehr fertig würden, seien das diejenigen, die einmal die Kredite angeboten und verliehen haben. Wicke hatte dabei die Banken im Blick, die auf ihre Vorteile bedacht gewesen seien und nach einer Gebührenordnung zur Kasse gebeten werden sollten, wenn Not zu lindern sei“.

Woher nimmt nun eine Sparkasse die Mittel für eine Stiftung? Natürlich aus den Ertragsüberschüssen. Wer sorgt dafür, daß Ertragsüberschüsse möglich werden? In der Hauptsache die Schuldner, denen von den Banken und Sparkassen geholfen werden soll, wenn sie unter der Schuldenlast zusammenzubrechen drohen. Die Logik dieser Politik ist, daß die „Habenrichtse“, die auf Kredite angewiesen sind, die Denkmalspflege, Wissenschaft und Kultur zu finanzieren haben. Dabei subventionieren die Schuldner die Wohlhabenderen, die Guthabenkonten bei der Sparkasse unterhalten, gleich zweifach. Einmal wandern natürlich ein Gutteil der Schuldzinsen auf die Guthabenkonten der Einleger, und zum anderen wird dann das noch immer subventionsbedürftige Kulturangebot von den besser Betuchten vorrangig genutzt, weil den Schuldner meistens auch für nicht-kostendeckende Eintrittskarten kein Geld mehr bleibt. Zum Dritten tragen insbesondere die Schuldner die in den Preisen versteckte allgemeine Zinslast in Höhe von rund einem Drittel des Jahreseinkommens. Einen Nettozinsertrag hat höchstens 1/10 der Einkommensbezieher. Hier liegt gesellschaftspolitischer Zündstoff, weil wir hier einen ständigen Einkommenstransfer von arm nach reich haben.

Schlußbemerkung: Die Stiftung soll auch wissenschaftliche Forschungsarbeit finanzieren. Fragen: Wer entscheidet in unserer Stellvertreter Gesellschaft dann wohl darüber wer über was forschen darf? Wer glaubt, daß die Gelder, die die Schuldner aufbringen, dafür eingesetzt werden, daß die Last der Schuldner erleichtert wird? Werden dann nicht die Forschungsgelder für die Erhaltung unserer Allparteien-Struktur-Konservatismus eingesetzt?

Mardorf Tristan Abromeit

# Leine-Beitrag

## Wunstorf

Dienstag,  
11. Januar 2005

Ausgabe 8  
2. Woche



Superintendent Michael Hagen (Zweiter von rechts) stellt sich mit dem ersten Stiftungsvorstand zum Gruppenbild. Den Vorstand bilden (von links): Wilhelm Kühmann, Gudrun Rohe-Kettwich, Karl-Robert Zöllner, Marli von Hugo und Thomas Schlichting. Oheim

## Die erste von drei Stiftungen des Kirchenkreises nimmt die Arbeit auf

**WUNSTORF.** „Werte erhalten – Zukunft gestalten“, unter diesem Slogan haben gestern Vertreter des Kirchenkreises Neu-

stadt/Wunstorf im Wunstorfer St.-Johannes-Gemeindezentrum die Gründung einer Kirchenstiftung bekanntgegeben. Die Stif-

tung ist die erste von dreien, die im Kirchenkreis dazu beitragen sollen, die kirchliche Arbeit langfristig zu finanzieren. Ein fünf-

köpfiger Vorstand ist im Amt, ein Stiftungsbeirat aus Gemeindevertretern soll bald noch gebildet werden. **Mehr auf Seite 18**

18

# Stiftung setzt sich für Zukunft mit Kirche ein

Zum Bild auf Seite 20: Arbeitsfelder verteilt

VON ALBERT TUGENDHEIM

**WUNSTORF.** Mit Geld aus Stiftungen will der Kirchenkreis Neustadt/Wunstorf die Arbeit nachhaltig absichern. Die Einnahmen aus Kirchensteuern gehen seit Jahren zurück, die Kirche ist geplagt von Geldnot. Die erste der drei Stiftungen für den flächenmäßig großen Kirchenkreis hat gestern unter dem Namen „Zukunft mit Kirche“ ihre Arbeit aufgenommen. In einer Klausurtagung loteten die künftigen Vorstandsmitglieder und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Stiftung Marketingmöglichkeiten aus.

Der finanzielle Grundstock kommt vom Kirchenkreis, der eine halbe Million Euro für die drei Stiftungen zur Verfügung stellt. Davon gehen jeweils 80 000 Euro als Grundkapital in die Stiftungen. Weitere 80 000 dienen der Bonifizierung: Für jeweils von der Stiftung eingeworbene drei Euro gibt die Kirchen einen Euro dazu.

In den Vorstand hat die Kirche einen erfahrenen Finanzfachmann geholt: Wilhelm Küthmann, im vergangenen Jahr pensionierter

Sparkassendirektor, arbeitet mit. Zudem gehören dem Vorstand an: Marli von Hugo (Groß Munzel), Gudrun Rohe-Kettwich (Kirchenkreisvorstand), Karl-Robert Zöllner (Kolenfeld) und Diakon Thomas Schlichting. Ein Beirat mit je zwei Vertretern der Gemeinde wird noch gebildet.

Schlichting hat mit Pastor Robert Smietana die Stiftungsgründungen vorbereitet. Erste Betätigungsfelder sollen die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit sowie die Kirchenmusik sein. „Aber die Betätigungsfelder können sich ändern“, sagte Schlichting.

Einen festgeschriebenen Grundbetrag für Zustifter gibt es nicht. Allerdings meinte Schlichting, dass kleine Spenden weiterhin besser in der direkten Gemeindegarbeit ankommen sollten.

Eine Stiftung muss ihr Vermögen in vollem Umfange erhalten, nur die Erträge des Vermögens stehen zur Verwirklichung des Stiftungszweckes zur Verfügung. Durch Zustiftung und Spenden wird das Kapital und damit auch der Kapitalertrag vermehrt.

## Leserbrief

# Zinsen sind das biblische „goldene Kalb“

**Zum Artikel: „Wir gehen in eine Zeit der Freiwilligkeit“ aus der Neustädter Zeitung vom 22. Januar.**

„Kirchenkreis stellt Weichen: Mit Stiftungen mehr Eigenverantwortung“. Diese Nachricht für Neustadt und die vorhergehende für den Wunstorfer Raum des Kirchenkreises, die „Stiftung setzt sich für Zukunft mit Kirche ein“ lautete, sind gute Signale. In Neustadt wurde der gute Wille mit einem Gruppenbild mit aufsteigender Treppe symbolisiert in Wunstorf mit einem großen Plakat mit der Aufschrift: „Werte erhalten - Zukunft gestalten“.

In einer Zeit in der Kirchen Pfarrhäuser und Gewerkschaften Unternehmensbeteiligungen verkaufen, weil das Finanzaufkommen durch Mitgliedsbeiträge und Kirchensteuern die Kosten nicht mehr deckt, ist es durchaus vernünftig, alternative Finanzierungsinstrumente zu erschließen. Und warum sollen Gläubige nicht neben Spenden den Kirchen Vermögensanteile stiften, wenn sie vom Stiftungszweck überzeugt und dazu in der Lage

sind?

Die Finanzierung über Stiftungen hat nur einen Haken. Und dieser ist im Schluss des Berichtes benannt worden: „Von dem gestifteten Kapital darf nur der Zinsertrag für anstehende Aufgaben verwendet werden.“ In Wunstorf hieß es: „Eine Stiftung muss ihr Vermögen in vollem Umfang erhalten, nur die Erträge des Vermögens stehen zur Verwirklichung des Stiftungszweckes zur Verfügung“.

Erträge aus Vermögen sind nun aber Zinsen (von der NZ auch ohne Umschreibung so benannt). Und Zinsen sind das biblische goldene Kalb (das kalbende Kapital / latein. pecunia= Geld bedeutete ursprünglich Vieh). Einer der vielen Kirchenlehrer, die die Zinsnahme als Sünde erklärte, war Thomas von Aquin, der auf Aristoteles fußte. Auch Luther, der Begründer der Evangelischen Kirche sprach sich eindeutig gegen den Zins aus. Mit Calvin kam dann die eindeutige Wende der Bewertung. Ab da wurde der wirtschaftliche Erfolg - zu dem der Kapitalertrag fortan hinzugezählt wurde - als ein Zeichen von Gottes Gnadentum gedeutet.

Der Zins ist aber nicht nur eine Glaubensfrage, sondern ein Störfaktor ersten Ranges im System der Marktwirtschaft. Er ist ein Systemfehler, der im hohen Maße destruktiv bis tödlich wirkt, der aber geflissentlich von der Wirtschaftswissenschaft übergangen wird. Und die Theologen, die die christliche Zinsgegnerschaft nur als historisches Relikt vermittelt bekommen, können natürlich die Informationslücke nicht auffüllen und fördern ahnungslos das, wofür sie in früheren Jahrhunderten exkommuniziert worden wären.

Realpolitisch gesehen ist es so, dass der Zins (in seinen verschiedenen Erscheinungsformen) die Bürger mit einem drittel ihres Nettojahreseinkommen belastet, und dass nur ein Zehntel der Haushalte bei der Saldierung von Haben- und Sollzinsen zu den Gewinnern gehört. Der Zins, der unauffällig in allen Preisen steckt, ist also die Pumpe mit der Einkommen von den Armen zu den Reichen befördert wird. Gelänge es also die Zinsen (die neben der Ausbeutung der Arbeit auch ein Preis für die Überlassung von Liquidität sind) auf ein Ni-

veau um +/- Null zu drücken - was möglich ist - dann könnten die Bürger die Kultur und den Kult ohne Subventionen und ohne Tricks aus dem vollen Arbeitsertrag bezahlen. Solche Zeiten haben wir schon über 200 Jahren gehabt. Die gotischen Dome, die wir heute bewundern, sind freiwillig von Bürgern aus Städten finanziert worden, die wir heute Kleinstädte nennen würden. Der Wölper Pfennig, ein Brakteat, ist ein Symbol dieser Zeit.

Auf die Botschaft, die in diesen Zeilen steckt, wird natürlich - wenn sie das Licht der Öffentlichkeit überhaupt erreicht - wahrscheinlich keiner hören. „Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit“. Man wird durch eine „kluge“ Anlage des Stiftungskapitals möglichst hohe Erträge „erwirtschaften“, um dann den Opfern dieser Aktivitäten in den Schuldner-Beratungsstellen die Schuldknechtschaft etwas erleichtern zu können.

Literatur: „Die protestantische Ethik und der ‘Geist’ des Kapitalismus“ von Max Weber und „Das Geld-Syndrom“ von Helmut Creutz.

**Mardorf Tristan Abromeit**

Tristan Abromeit,  
Gorch-Fock-Weg 3  
31535 Neustadt

11. Januar 2005

Leine-Zeitung Wunstorf

[redaktion.wunstorf@leine-zeitung.de](mailto:redaktion.wunstorf@leine-zeitung.de)

Leserzuschrift zu: „Stiftung setzt sich für Zukunft mit Kirche ein“, L-Z vom 11. 1. 05

Die Überschrift des Berichtes und auch das auf dem Bild gezeigte Motto „werte erhalten – zukunft gestalten“ sind positive Signale. In einer Zeit in der Kirchen Pfarrhäuser und Gewerkschaften Unternehmensbeteiligungen verkaufen, weil das Finanzaufkommen durch Mitgliedsbeiträge und Kirchensteuern die Kosten nicht mehr deckt, ist es durchaus vernünftig, alternative Finanzierungsinstrumente zu erschließen. Und warum sollen Gläubige nicht neben Spenden den Kirchen Vermögensanteile stiften, wenn sie vom Stiftungszweck überzeugt und dazu in der Lage sind?

Die Finanzierung über Stiftungen hat nur einen Haken. Und dieser ist im Schlußabsatz benannt worden: „Eine Stiftung muss ihr Vermögen in vollem Umfang erhalten, nur die Erträge des Vermögens stehen zur Verwirklichung des Stiftungszweckes zur Verfügung.“

Erträge aus Vermögen sind nun aber Zinsen. Und Zinsen sind das biblische goldene Kalb (das kalbende Kapital). Einer der vielen Kirchenlehrer, die die Zinsnahme als Sünde erklärte, war Thomas von Aquin, der auf Aristoteles fußte. Auch Luther, der Begründer der Evangelischen Kirche sprach sich eindeutig gegen den Zins aus. Mit Calvin kam dann die eindeutige wertmäßige Wende indem er den wirtschaftliche Erfolg - zu dem der Kapitalertrag fortan hinzuzählt wurde - als ein Zeichen von Gottes Gnadentum deutete.

Der Zins ist aber nicht nur eine Glaubensfrage, sondern ein Störfaktor ersten Ranges im System der Marktwirtschaft. Er ist ein Systemfehler, der im hohen Maße destruktiv bis tödlich wirkt, der aber geflissentlich von der Wirtschaftswissenschaft übergangen wird. Und die Theologen, die die christliche Zinsgegnerschaft nur als historisches Relikt vermittelt bekommen, können natürlich die Informationslücke nicht auffüllen und fördern ahnungslos das, wofür sie in früheren Jahrhunderten exkommuniziert worden wären.

Realpolitisch gesehen ist es so, daß der Zins (in seinen verschiedenen Erscheinungsformen) die Bürger mit einem Drittel ihres Nettojahreseinkommen belastet, und daß nur ein Zehntel der Haushalte bei der Saldierung von Haben- und Sollzinsen zu den Gewinnern gehören. Der Zins, der unauffällig in allen Preisen steckt, ist also die Pumpe mit der Einkommen von Armen zu den Reichen befördert wird. Gelänge es also die Zinsen (die neben der Ausbeutung der Arbeit auch ein Preis für die Überlassung von Liquidität sind) auf ein Niveau um + - Null zu drücken – was möglich ist – dann könnten die Bürger die Kultur und den Kult ohne Subventionen und ohne Tricks aus dem vollen Arbeitsertrag bezahlen. Solche Zeiten haben wir schon über 200 Jahre gehabt. Die gotischen Dome, die wir heute bewundern, sind freiwillig von Bürgern aus Städten finanziert worden, die wir heute Kleinstädte nennen würden.

Auf die Botschaft, die in diesen Zeilen steckt, wird natürlich – wenn sie das Licht der Öffentlichkeit überhaupt erreichen – wahrscheinlich keiner hören. „Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit.“ Man wird durch kluge Anlage des Stiftungskapitals möglichst hohe Erträge „erwirtschaften“, um dann den Opfern dieser Aktivitäten in den Schuldnerberatungsstellen die Schuldknechtschaft etwas erlichtern zu können.

Literatur: „Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus“ von Max Weber  
und „Das Geld-Syndrom“ von Helmut Creutz.

# Segensreiches Stiftungswesen

Zum Bild von Seite 1: Stiftungen verdoppeln Grundkapital – Erträge helfen Gemeinden

VON DIRK VON WERDER

**NEUSTADT/WUNSTORF.** Vor fünf Jahren gegründet, haben zwei von drei Stiftungen im Kirchenkreis ihr Startkapital bereits verdoppelt, die dritte steht unmittelbar davor.

Mit jeweils 80 000 Euro waren „Zukunft mit Kirche“ (vornehmlich Wunstorfer Gemeinden im Süden des Kirchenkreises), „Michaelisstiftung“ (Neustadt-Mitte) und „Lichter im Norden“ (Neu-

stadt-Nord) an den Start gegangen. Seitdem werben Vorstände und Mitglieder um Spenden oder planen diverse Aktionen mit dem Ziel, das Kapital aufzustoeken.

Dazu gehört der Adventskalender, den Christen aus dem Norden gestern vorgestellt haben. Auch die Süd-Stiftung „Zukunft mit Kirche“ – sie ist diejenige, die ihr Kapital noch nicht ganz verdoppelt hat – hat einen Kalender aufgelegt und stellt ihn in Kürze vor.

„Uns wird nicht nur Geld gespendet“, sagt der Wunstorfer Pastor Thomas Schlichting, der die Stiftungen im Kirchenkreis betreut. Auch „ungezählte ehrenamtliche Arbeitsstunden“ seien erbracht worden und würden helfen, die Arbeit in den Gemeinden zu verbessern.

Dabei sei klar: Das Kapital der Stiftungen werde nicht angetastet; lediglich Kapitalerträge würden für die Kirchenarbeit verwendet.

Schlichting nennt Beispiele, wo Erträge geholfen haben oder aktuell helfen: So fließt Geld in die Ferienseminare der Konfirmanden, in Taufprojekte im Norden und in eine Wiedereintrittsaktion der Neustädter Gemeinden Liebfrauen und Johannes.

„Ziel ist es, auch kommenden Generationen ein lebendiges kirchliches Leben zu erhalten“, sagt Schlichting. Das sei ohne Stiftungen schwer möglich.

# Bürgerstiftung ist kein elitärer Zirkel

Minister Schünemann: Menschen wollen sich engagieren – Bank erhöht Zinssatz von ein auf 3,5 Prozent

Die neue Bürgerstiftung Garbsen will für alle da sein. Dieses Ziel wurde bei der Überreichung der staatlichen Anerkennungsurkunde deutlich formuliert.

VON OLIVER KÜHN

**GARBSEN.** Kinder, Jugendliche, Senioren, Kulturschaffende, Heimatverbundene, Naturschützer, Sportler, Vereine, Unternehmer – sie alle sollen an der neuen Bürgerstiftung Garbsen mitwirken. „Wir wollen kein elitärer Zirkel sein“, sagt Wolfgang Galler, Vorsitzender des Stiftungsrates.

Der Hinweis zielt auf das Kuratorium der Stiftung, das mit dem Neurochirurgen Madjid Samii, dem früheren Kultusminister und Landtagspräsidenten Rolf Wernstedt sowie Radio-21-Geschäftsführerin Nora Köhler prominent besetzt ist.

Den Ansatz, sich breit aufzustellen und nicht wie etwa die Bürgerstiftung Hannover sich auf einen Schwerpunkt (Prävention) zu konzentrieren, hatte Innenminister Uwe Schünemann bei der Überreichung der staatlichen Anerkennungsurkunde am Mittwochabend gelobt. Denn entgegen der landläufigen Meinung stimme es nicht, dass sich immer weniger Menschen engagieren wollten. „Aber viele Jugendliche wollen zum Beispiel lieber bei Projekten mitarbeiten,



Die ersten Spender der Bürgerstiftung Garbsen um den Vorsitzenden Frank Gerberding (am Tisch sitzend) haben 25 000 Euro als Gründungskapital aufgebracht. Kühn

bei denen man schnelle Ergebnisse sieht.“

Walter Kleine, Chef der Sparkasse Hannover und mit 5000 Euro bislang größter Spender, machte der Stiftung noch ein Geschenk: Er erhöhte den Zinssatz für ein Jahr von ein auf 3,5 Prozent, nahm aber den Gründern das Versprechen ab, ihr Stiftungskapital in dieser Zeit zu verdoppeln.

Zustiftungen einzuwerben wird eine der zentralen Aufgaben der

Zukunft sein. „Wir hoffen auf viele kleine und große Spender“, sagt Galler. Die prominenten Kuratoren dürften ihren Teil dazu beitragen. Ein Flugblatt für Werbezwecke ist fast fertig. Schünemann machte den Gründern Mut: Auch die Bürgerstiftung Hannover des bekannten Kriminologen Christian Pfeiffer, eine von 20 in der Region, habe mit 25 000 Euro angefangen. Mittlerweile liege das Kapital bei mehr als einer Million Euro. Der Innen-

minister wies die Gründer zudem darauf hin, sich nicht als „Reservekasse der Verwaltung“ in die Pflicht nehmen zu lassen, die gern mal Aufgaben abwälzte. Diesem Problem ist die Stiftung aus dem Weg gegangen: Das Büro stellt Frank Gerberding als Vorsitzender des Stiftungsvorstands in seinem Autohaus kostenlos bereit. Ehrenamtliche übernehmen die Sprechzeiten.

Konkrete Projekte gibt es aber noch nicht. „Ein Schwerpunkt ist

das Zusammenleben von Alt und Jung“, sagt Galler. Einzelheiten müssten noch „basisdemokratisch entschieden“ werden.

**i** Die Bürgerstiftung Garbsen, Im Bahlbrink 1, 30827 Garbsen, ist unter Telefon (05131) 70370 und per E-Mail an [info@buergerstiftung-garbsen.de](mailto:info@buergerstiftung-garbsen.de) erreichbar. Auf der Internetseite [www.buergerstiftung-garbsen.de](http://www.buergerstiftung-garbsen.de) gibt es weitere Informationen.

Leserzuschrift / Beitrag von Tristan Abromeit / 4. November 2010

„**Segensreiche Stiftungen**“ in der LZ vom 3. November 2010

Nicht nur die Bibel sagt: „Geben ist seliger denn Nehmen!“ Es ist auch eine Erfahrung, die jeder machen kann. Das Spenden, Schenken und Stiften bereichert seelisch und hat eine wichtige Korrekturfunktion zu dem wirtschaftlich motivierten Güter- und Leistungsaustausch. Der Staat, der seinen Bürgern das Schenken durch zu hohe Abgaben und durch eine unzulängliche Wirtschaftspolitik zu sehr einschränkt oder unmöglich macht, ist nachdrücklich zu tadeln.

Nun wird bemängelt, daß durch die steuerliche Begünstigung von Stiftungen, dem Staat Einnahmen entgehen. Der Hinweis ist zu bedenken, ist aber nicht Gegenstand meiner Betrachtung, weil sonst alle Subventionen – z.B. auch die Bausparprämie – auf ihre Fragwürdigkeit hin erörtert werden müßten.

Da die Berichte über alte und neue Stiftungen zahlreich sind, vermute ich, daß in ihnen ein Wundermittel gegen Finanznot von Institutionen wie den Kirchen oder ein Dukatenesel zur Finanzierung mildtätiger, gemeinnütziger Werke gesehen wird. Am 29. Nov. berichtete die Leine-Zeitung über die Bürgerstiftung in Garbsen. In der HAZ konnte man am gleichen Tag unter der Rubrik Niedersachsen über zwei Stiftungen der Öffentlichen Hand lesen. Einmal über die Klosterkammer - die aufgrund der Auseinandersetzungen mit den Erbbaupächtern wiederholt Gegenstand der Berichterstattung war - und über die Umweltstiftung in Osna-brück. Beide öffentlich-rechtlichen Stiftungen kann man nicht unmittelbar mit den privatrechtlichen Stiftungen vergleichen, müssen daher im Hinblick auf Entstehung und Wirkung gesondert betrachtet werden und bleiben deshalb hier außer Betracht.

Mir geht es hier um einen Aspekt der Stiftungen, der anscheinend übersehen wird und der dagegen spricht, daß Stiftungen segensreich für die Gesamtgesellschaft sind. Das liegt daran, daß bei Stiftungen nicht wie bei Geschenken und Spenden über die Substanz verfügt werden kann, sondern nur über den Kapitalertrag, den Zins, die Dividende. Der Kapitalertrag kann in einer Volkswirtschaft aber nur zu Lasten des Arbeitsertrages<sup>1</sup> durchgesetzt werden. Abgese-

---

<sup>1</sup> Unternehmereinkommen – ohne Einkommen aus dem Betriebskapital - sind auch Arbeitseinkommen!

hen davon, daß kirchliche Stiftungen gegen alte Zinsnahmeverbote der katholischen Kirche – die Luther übernommen hat – verstoßen, machen Zinsen gravierende soziale und ökonomische Probleme. Der Zins als Einkommen für Nichtleistung macht die Marktwirtschaft – als ein dezentrales System des Leistungsaustausches – erst zum Kapitalismus, er ist eine Ursache für die Einkommens- und Vermögenskonzentration, Störfaktor einer stetigen Konjunktur mit Vollbeschäftigung und eine Ursache für den Wachstumsdruck, der ein ökologisches Wirtschaften verhindert. Zu berücksichtigen ist dabei auch noch, daß in einer alternden Wirtschaft der Kapitalstock ständig wächst und mit ihm die Zinslast, die die Endverbraucher unsichtbar in allen Preisen versteckt zu tragen haben. Es sind also nicht nur die sichtbaren Kreditzinsen, die mit den Tilgungsraten - nach den DLF-Nachrichten von heute wieder vermehrt - Bürger in die Insolvenz treiben.

Nun kann man einwenden, daß die Wirtschaftsbürger ja nicht nur Zinsen zahlen, sondern auch bekommen. Das stimmt! Die Geschichte hat nur einen Haken: Keiner bekommt so viel Zinsen wie er zahlt. Nach einer „Zinsumverteilungs-Ermittlung – bezogen auf 2007 und 38 Mio Haushalte“,

erstellt von Helmut Creutz nach Zahlen der Bundesbank ( [www.Helmut.Creutz.de](http://www.Helmut.Creutz.de) ) mit einer „Verteilung auf 10 gleich große Haushaltsguppen“ stellt sich der Zinssaldo (zwischen Zinseinnahmen und Zinslasten) je Haushalt – in den Gruppen 1 bis 10 – wie folgt da:

-4,1 / -6,8 / - 8,3. / -9,5 / - 10,3 / -10,6 / -9,9 / -7,4 / +6,2 / + 61,0 (in Tausend)

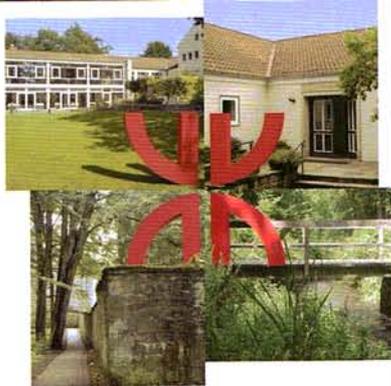
Also acht von 10 Haushaltsguppen haben einen Zinsverlust, wobei die ärmsten Haushalte noch eine Last von 4.100 € im Jahr 2007 zu tragen hatten. Die Haushalte mit einem negativen Zinseinkommen müssen für den Kapitalertrag der Stiftungen aufkommen. Man kann also sagen, die Stiftungen melken jene, denen sie Gutes tun wollen.

Die Stiftungen sind natürlich nicht Ursache dieses fehlkonstruierten Verteilungssystems, aber sie werden dazu beitragen, die Verteilungsungerechtigkeit zu verewigen, weil jeder Stiftungsvorstand den Ehrgeiz haben wird, möglichst hohe Stiftungserträge vorweisen zu können und von daher bewußt oder unbewußt alles behindern wird, was die Ungerechtigkeit im Verteilungssystem überwinden soll. Die Stiftungen werden somit wie die Mehrzahl der Sparer – die sich beschenkt vorkommen, wenn ihnen ein paar Zehner oder Hunderter auf ihrem Konto gutgeschrieben werden und nicht die Zinslast sehen, die sie zu tragen haben – zu Garanten der Ausbeutung, die nicht nur eine marxistische Erfindung ist.

*Fünf Jahre*

# Corvinus-Stiftung

zur Förderung der  
Evangelischen Akademie  
Loccum



**Wir haben unsere Talente ...  
und freuen uns über Ihre!**

Liebe Freundinnen und  
Freunde der Akademie,

für mich als neuen Direktor der Evangelischen Akademie Loccum bedeutet es eine wertvolle Gelegenheit, um mit den mir anvertrauten Pfunden der **CORVINUS-STIFTUNG** zu „wuchern“.

In den fünf Jahren, seitdem die **CORVINUS-STIFTUNG** besteht, haben wir schon viel erreichen können. Die **CORVINUS-STIFTUNG** sorgt für mehr protestantische Freiräume in der Ausgestaltung von Themen und hilft, die finanzielle Zukunft der Akademie abzusichern.

Damit Loccum stark bleiben kann, sind wir auch weiterhin auf Ihre Unterstützung angewiesen. Bereits ab einer Zustiftung von 100 Euro gehören Sie zum Kreis der Stifterinnen und Stifter. Die Zustiftung ist steuerlich absetzbar. Sie erhalten von uns eine Stiftungsurkunde und eine Bescheinigung für das Finanzamt.

Wir bauen auf Sie!

Ihr Dr. Stephan Schaede  
Akademiedirektor

**Stiften Sie Zukunft!**

## Eine erfolgreiche Bilanz

Die **CORVINUS-STIFTUNG** verfügt derzeit über 623.000 Euro. Seit 2005 wurden insgesamt rund 30.000 Euro ausgeschüttet. In den Jahren 2008 und 2009 konnte siebenmal die Loccumer Kinderakademie gefördert werden. 2010 unterstützte die **CORVINUS-STIFTUNG** ein interreligiöses Bildungsprojekt für alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern, das das Hannoveraner Jugendbildungsbüro der Akademie in der Orthodoxen Akademie auf Kreta veranstaltete.



## 3 4 Aus drei mach vier

Wir möchten jetzt aber noch mehr erreichen. Der Zeitpunkt dafür ist günstig. Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers legt bis zum **30. Juni 2011** auf drei gestiftete Euro einen Euro drauf.

## Eine Chance für uns und für Sie!

Ihr Kontakt zur **CORVINUS-STIFTUNG**:

Sabine Henningson-Brüning  
Evangelische Akademie Loccum  
Postfach 21 58  
D-31545 Rehburg-Loccum  
Telefon: 0 57 66/81-1 18  
Telefax: 0 57 66/81-9 00  
Email: Sabine.Henningson-Bruening@evlka.de



Stiftungskonto: Kirchliche Verwaltungsstelle Loccum,  
Konto Nr. 60 50 bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft (BLZ 520 604 10)  
Stichwort: Zustiftung Corvinus-Stiftung.  
Fehlt der Zusatz, muss der Betrag als „Spende“ an die Stiftung verbucht werden.



[www.loccum.de](http://www.loccum.de)

Die guten Absichten gehen aus dem Werbeprospekt für die Corvinus-Stiftung eindeutig hervor. Nur wie will eine Evangelische Akademie für Erwachsenenbildung, die ihre Existenzberechtigung ja nicht so sehr aus der Mission, sondern aus ihrem Aufklärungsauftrag ableitet, künftig distanziert die Problematik des Zinses behandeln können, wenn ihre Existenz zunehmend von Zinserträgen abhängt? Ich weise an dieser Stelle auf den Text 86.4 hin. Er trägt den Titel

*Das Geld, der Zins und die Theologie*

von

Klaus Fütterer

1985 Studienleiter in der Ev. Akademie Bad Boll

TA, Nov. 2010

## Zinsumverteilungs-Ermittlung - bezogen auf 2007 und 38 Mio Haushalte

	Verteilung auf 10 gleich große Haushaltsgruppen									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Gesamtvermögen: = Geldv. 7.862 Mrd + schuldenfr. Sachv. 3.538 Mrd = 11.400 Mrd €, je Hh. i. M.: = 300 Tsd</b>										
Verteilung in % :	0,0	0,0	0,1	0,4	2,0	4,2	7,8	19,9	65,5	
in Mrd je Gruppe:	0,0	0,0	0,0	11	46	228	479	889	2.268	7.467
<b>Vermögen i. Tsd. € je Hh.</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>3</b>	<b>12</b>	<b>60</b>	<b>126</b>	<b>234</b>	<b>597</b>	<b>1.965</b>
<b>B. Zinseinnahmen: = 4,2% des Gesamtvermögens von 11.400 Mrd € = 478 Mrd - je Hh. i. M.: = 12,6 Tsd</b>										
Verzinsung des GV in %:	0,0	0,0	0,0	1,0	1,5	2,0	2,6	3,3	3,9	4,6
Zinseinnahmen in Mrd:	0,0	0,0	0,0	0,1	0,7	4,6	12,5	29,3	88,5	343,5
<b>Zinseinn. i. Tsd. € je Hh.:</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>1,2</b>	<b>3,3</b>	<b>7,7</b>	<b>23,3</b>	<b>90,4</b>
<b>C. Einkommen der Haushalte: = 1.541 Mrd € - je Haushalt i. M.: = 40,6 Tsd €</b>										
Verteilung in %:	2,9	4,8	6,0	7,0	8,0	9,3	10,5	12,1	14,6	25,0
Verteilung in Mrd:	45	74	92	108	123	143	162	186	224	385
<b>Einkomm. i. Tsd € je Hh:</b>	<b>12</b>	<b>19</b>	<b>24</b>	<b>28</b>	<b>32</b>	<b>38</b>	<b>43</b>	<b>49</b>	<b>59</b>	<b>101</b>
<b>./ D. Ersparnisse der Haushalte: = 10,8% der Einkommen = 166 Mrd € - je Haushalt i. M. = 4,4 Tsd</b>										
Ersparnis in %:	0,0	0,0	0,7	2,6	5,0	8,4	10,7	12,6	22,2	38,4
Ersparnis in Mrd:	0,0	0,0	1,2	4,3	8,3	13,9	17,8	20,9	36,9	63,7
<b>Ersparnis in Tsd € je Hh:</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>1,1</b>	<b>2,2</b>	<b>3,6</b>	<b>4,7</b>	<b>5,5</b>	<b>9,7</b>	<b>16,8</b>
<b>= E. Ausgaben der Haushalte: = 89,1% der Einkommen = 1.375 Mrd € - je Haushalt i. M. = 36,2 Tsd</b>										
Ausgaben in %:	3,2	5,4	6,6	7,5	8,3	9,4	10,4	12,0	13,6	23,3
Ausgaben in Mrd:	45	74	91	104	115	129	144	165	187	321
<b>Ausgaben i. Tsd € je Hh:</b>	<b>11,8</b>	<b>19,0</b>	<b>23,6</b>	<b>26,9</b>	<b>29,8</b>	<b>34,4</b>	<b>38,3</b>	<b>43,5</b>	<b>49,3</b>	<b>84,2</b>
<b>F. Zinslasten in den Ausgaben: = 34,8% = 478 Mrd - je Haushalt i. M.: = 12,6 Tsd (%-Verteil. wie Ausgaben)</b>										
Zinslasten in Mrd:	15,7	25,8	31,7	36,2	40,0	44,9	50,1	57,4	65,1	111,7
<b>Zinslasten i. Tsd je Hh:</b>	<b>4,1</b>	<b>6,8</b>	<b>8,3</b>	<b>9,5</b>	<b>10,5</b>	<b>11,8</b>	<b>13,2</b>	<b>15,1</b>	<b>17,1</b>	<b>29,4</b>
<b>G. Ermittlung der Zinsumverteilung durch Saldierung der Zinseinnahmen und Zinslasten - (B+F)</b>										
Zinseinnahmen i. Mrd:	0,0	0,0	0,0	0,1	0,7	4,6	12,5	29,3	88,5	343,5
./ Zinslasten in Mrd:	15,7	25,8	31,7	36,2	40,0	44,9	50,1	57,4	65,1	111,7
<b>= Zinssaldo in Mrd:</b>	<b>-15,7</b>	<b>-25,8</b>	<b>-31,7</b>	<b>-36,1</b>	<b>-39,7</b>	<b>-40,3</b>	<b>-37,6</b>	<b>-28,1</b>	<b>+23,4</b>	<b>+231,8</b>
<b>Zinseinn. i. Tsd je Hh. (B)</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>1,2</b>	<b>3,3</b>	<b>7,7</b>	<b>23,3</b>	<b>90,4</b>
<b>./ Zinslasten i Tsd: (F)</b>	<b>4,1</b>	<b>6,8</b>	<b>8,3</b>	<b>9,5</b>	<b>10,5</b>	<b>11,8</b>	<b>13,2</b>	<b>15,1</b>	<b>17,1</b>	<b>29,4</b>
<b>= Zinssaldo in Tsd je Hh.:</b>	<b>-4,1</b>	<b>-6,8</b>	<b>-8,3</b>	<b>-9,5</b>	<b>-10,3</b>	<b>-10,6</b>	<b>-9,9</b>	<b>-7,4</b>	<b>+6,2</b>	<b>+61,0</b>

Kurzerläuterung zur Darstellung Nr. 035:

### **Relation Einkommen und Verschuldung**

Die Grafik gibt die Entwicklungen der verfügbaren Haushaltseinkommen, der Gesamtverschuldung und der daraus resultierenden Zinslasten wieder, und zwar umgerechnet als Durchschnittswert auf die bundesdeutschen Haushalte in den Jahren 1900, 1975 und 2000. Da die Zahl der Erwerbstätigen in etwa der Zahl der Haushalte entspricht, können die umgerechneten Werte auch auf jeden Erwerbstätigen bezogen werden.

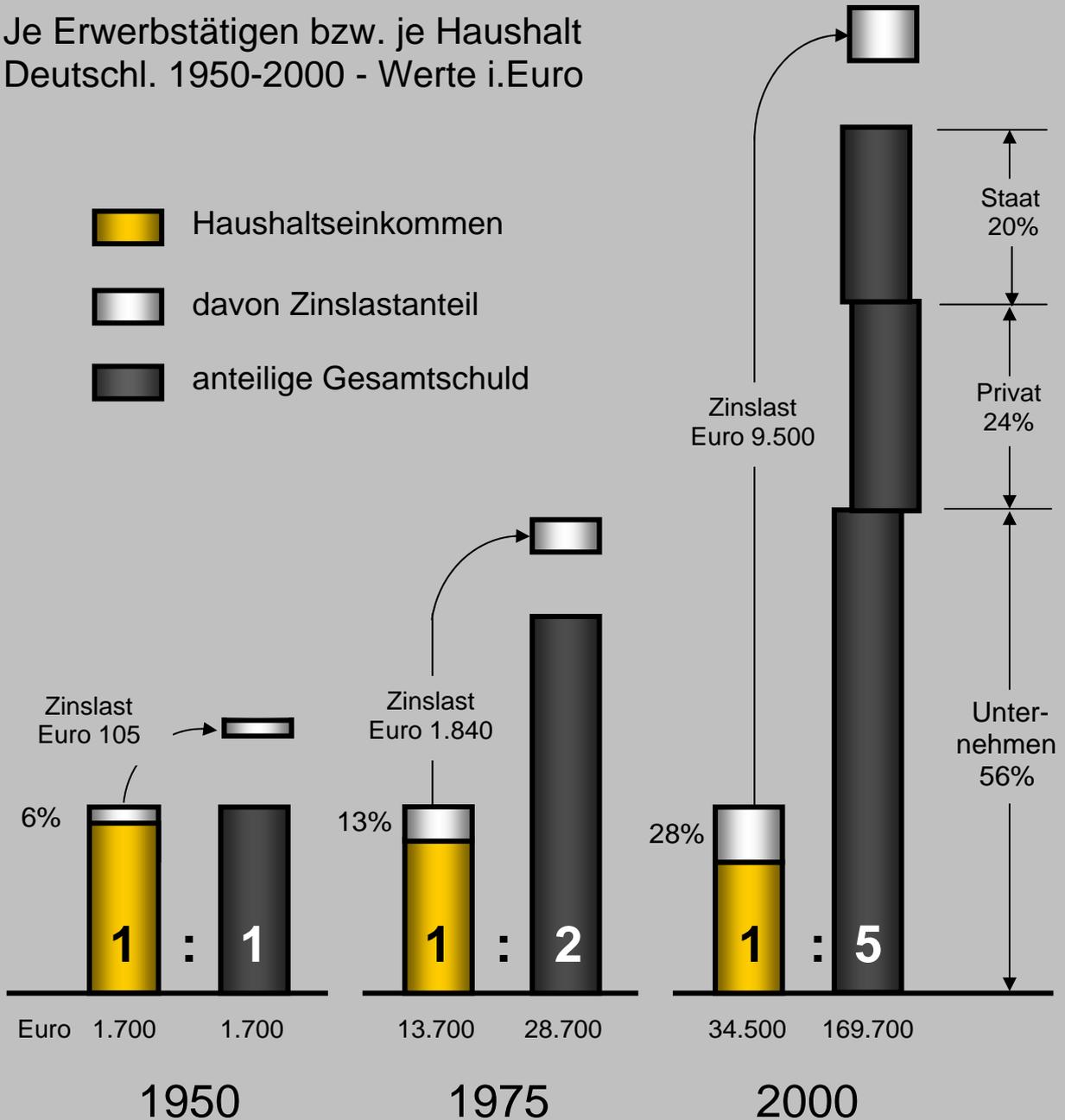
Wie die unterhalb der Säulen angeführten Größen ergeben, nahmen die verfügbaren Einkommen in den 50 Jahren auf das 20-fache zu, die Schulden jedoch auf das 100-fache und damit fast fünf Mal so stark wie die Einkommen (jeweils Nominalwerte). Entsprechend stiegen auch die Zinsbelastungen je Haushalt bzw. Erwerbstätigen, die im Durchschnitt - direkt oder indirekt - mit den Ausgaben getragen werden müssen, überproportional auf etwa das Fünffache an

(Grafik auf Seite 2 dieser Datei, ausführlichere Erläuterung auf Seite 3)

# Relation der Einkommen zur Verschuldung

Je Erwerbstätigen bzw. je Haushalt  
Deutschl. 1950-2000 - Werte i.Euro

-  Haushaltseinkommen
-  davon Zinslastanteil
-  anteilige Gesamtschuld



## **Ausführliche Erläuterungen zur Darstellung Nr. 035:**

Im Jahr 2000 betrug das verfügbare Einkommen in Deutschland 1.337 Mrd Euro und die gesamte Verschuldung von Staat, Privat und Wirtschaft 6.448 Mrd. Dividiert man diese Gesamtgrößen durch die Anzahl der rund 38 Millionen Erwerbstätigen bzw. Haushalte, dann ergeben sich für jeden einzelnen die unter den Säulen eingetragenen Durchschnittswerte.

Vergleicht man diese Umrechnungen mit den Ergebnissen der Jahre 1950 und 1975, dann zeigt sich, dass die Einkommen von 1950 bis 2000 zwar nominell auf das 20-fache angestiegen sind, die Gesamtverschuldungen jedoch auf das 100-fache. Mit diesen Überentwicklungen der Schuldensäulen nehmen natürlich im Gleichschritt auch die Zinsbelastungen zu, die letztendlich von den Erwerbstätigen zu erwirtschaften bzw. von den Haushalten über Preise, Steuern und Gebühren zu zahlen sind.

Zieht man für die Zinsbelastung der Schulden einmal die Größe der Bankzinserträge heran (die man in etwa mit den gesamten volkswirtschaftlichen Schuldenzinsbelastungen gleichsetzen kann und die 2000 bei 370 Mrd Euro lagen), dann ergibt sich im gleichen Jahr für jeden Haushalt die in der Grafik wiedergegebene Durchschnittslast von 34.500 Euro = 28% des Einkommens. Im Jahr 1975 lag dieser Anteil erst bei 13% und 1950 sogar nur bei 6%. Rechnet man diese Prozentzahlen in Arbeitszeiten um, dann musste jeder Erwerbstätige 1950 etwa 3 Wochen für die Zinsbedienung arbeiten, 1975 rund sieben Wochen und 2000 bereits fast 15 Wochen, also mehr als ein Vierteljahr.

Zu diesen schuldenbezogenen Zinslasten kommen jedoch noch diejenigen für das schuldenfreie Sachkapital hinzu. Da das wirtschaftlich eingesetzte Gesamtkapital einschl. Boden im Jahr 2000 etwa bei 9.000 bis 10.000 Milliarden Euro lag, die Verschuldung aber bei 6.150 Mrd, muss man die Zinslasten noch einmal um rund die Hälfte erhöhen, wodurch sich für die Gesamtbelastung durch Zinsen ein Betrag von etwa 42% der verfügbaren Haushaltseinkommen ergibt. Bezieht man die Zinslast auf die Haushaltsausgaben, die nach Abzug der Ersparnisse von den Einkommen übrig bleiben, ergibt sich sogar ein rechnerischer Anteil von durchschnittlich 46%!

Natürlich stehen diesen Zinszahlungen in fast gleicher Höhe auch Zinseinkünfte der Haushalte gegenüber. Allerdings ist der Schlüssel für diese Zins-Rückflüsse nicht das verfügbare Einkommen, sondern das jeweilige zinsbringende Vermögen. Da die Vermögen jedoch wesentlich extremer unter den Haushalten verteilt sind als die Einkommen, ergeben sich bei den Zinsab- und -zuflüssen höchst unterschiedliche Salden. Diese sind bei 80 bis 90 Prozent der Haushalte negativ, weshalb die große Mehrheit der Haushalte mit ihren Ausgaben deutlich mehr Zinsen zahlt, als sie über Zinsgutschriften zurück erhält! Bei den restlichen 10 bis 15 Prozent der Haushalte sind die Salden dagegen ausgeglichen oder positiv, bei zwei bis drei Prozent der Haushalte sogar in einem gravierenden Maße. Das heißt, bei dieser reichen Minderheit schlagen die Verluste, die das Gros der Haushalte in Kauf nehmen muss, konzentriert und ständig zunehmend, als Nettogewinne zu Buche.